

04.07.2018

Kleine Anfrage 1251

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD

Wie verändert sich die Wettbewerbslage der Aluminium-Industrie in NRW nach der Trump-Sanktionspolitik für Importe in die USA?

Die US-Administration hat beschlossen, den Import von Aluminium aus der EU mit zehn Prozent zu verzollen. Die Branche geht davon aus, dass der Export von deutschem Aluminium in die USA im Jahr 2018 um circa sieben Prozent und im Jahr 2019 um circa 20 Prozent zurückgehen wird. Zudem besteht die berechtigte Sorge, dass es zu Marktverschiebungen kommen wird, die etwa durch Schutzzölle für Staaten wie China entstehen könnten. Alleine aus China könnten 2019 über 110.000 Tonnen an Aluminiumprodukten auf andere Märkte umgeleitet werden, die eigentlich für den US-Markt vorgesehen waren. Die Unberechenbarkeit Trumps, die jeweiligen Streitigkeiten mit Russland und China, die EU-internen Differenzen machen die komplizierte Situation deutlich, weil die Aluminiumindustrie als globale Industrie von allen diesen Entwicklungen besonders betroffen ist.

Zudem ist die Aluminiumindustrie auf preisgünstige Energie angewiesen. Im Lichte der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „**Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**“ besteht bei den Vertretern der Aluminiumindustrie die berechtigte Sorge, dass ein frühzeitiges Aussteigen aus der Braunkohleverstromung zu weiteren Energie-Kostensteigerungen führen wird. Allein für die Aluminiumhütten und Aluminiumwalzwerke in NRW wird bei einer Substitution von Braunkohlestrom durch Gasstrom von 20-40% höheren Stromkosten ausgegangen, was Kostensteigerungen von ca. 150 Mio. Euro pro Jahr bedeuten kann. Die Branche sieht die Verlässlichkeit in ihre Investitionsplanung dadurch angegriffen, dass nun politisch verlässliche Strompreise durch den genehmigten Tagebaubetrieb bis ca. 2045 aufgegeben werden könnten.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat die Landesregierung Interventionsmöglichkeiten bei der Bundesregierung genutzt, um US-Zölle auf Import von Aluminium aus NRW zu verhindern?
2. Wie hat die Landesregierung - im Rahmen ihrer zahlreichen konsularischen Gespräche - direkt mit Vertretern der USA Position zur Aluminium-Sanktionspolitik bezogen?

Datum des Originals: 04.07.2018/Ausgegeben: 06.07.2018

3. Mit welchen Auswirkungen durch die US-Zölle auf die Aluminiumindustrie in NRW rechnet die Landesregierung?
4. Welche Maßnahmen möchte die Landesregierung ergreifen, um die Aluminiumindustrie in NRW zu unterstützen?
5. Wie will die Landesregierung u.a. in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gewährleisten, dass auch zukünftig eine wettbewerbsfähige Stromversorgung für Aluminiumindustrie in NRW gesichert bleibt?

Guido van den Berg